Deutscher Bundestag **Drucksache 16/6318**

16. Wahlperiode 10. 09. 2007

Kleine Anfrage

der Abgeordneten Priska Hinz (Herborn), Kai Gehring, Krista Sager, Grietje Bettin, Ekin Deligöz, Katrin Göring-Eckardt, Britta Haßelmann und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

EU-Konsultationsprozess „Schulen für das 21. Jahrhundert“

Der allgemeinen und beruflichen Bildung kommt in der Lissabon-Strategie der Europäischen Union eine zentrale Bedeutung zu. Laut Einschätzung der EU-Kommission werden im Jahr 2010 50 Prozent der neu geschaffenen Stellen hoch qualifizierte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer erfordern und nur 15 Prozent der Stellen für Menschen mit einer schulische Grundbildung geeignet sein. Obwohl die Schulen eine grundlegende Rolle für die Erreichung der gemeinsamen Ziele des Arbeitsprogramms „Allgemeine und berufliche Bildung 2010“ spielen, lag der Schwerpunkt der Initiativen und Analysen der Europäischen Union zur Unterstützung der Lissabon-Strategie bislang auf anderen Aspekten der Bildungssysteme, beispielsweise auf der Berufsbildung oder der Hochschulbildung. Die EU-Kommission wendet den Blick nun auf die Schulen. Sie hat ein Arbeitspapier mit dem Titel „Schulen für das 21. Jahrhundert“ (SEC(2007)1009) vorgelegt und einen Konsultationsprozess dazu gestartet.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Bundesregierung:

1. Welche Position nimmt die Bundesregierung im EU-Konsultationsprozess über die „Schulen im 21. Jahrhundert“ ein?
2. Wie beantwortet die Bundesregierung die im Arbeitspapier der Kommissionsdienststellen (SEC(2007)1009) vom 11. Juli 2007 genannten Fragen im Einzelnen:
   a) Wie können die Schulen so organisiert werden, dass sie den Schülern das gesamte Spektrum der Schlüsselkompetenzen vermitteln?
   b) Wie können die Schulen den jungen Menschen die erforderlichen Kompetenzen und die notwendige Motivation vermitteln, damit das Lernen zu einer lebenslangen Aktivität wird?
   c) Wie können die Schulsysteme ein langfristiges, nachhaltiges Wirtschaftswachstum in Europa unterstützen?
   d) Wie können die Schulsysteme am besten auf die Erfordernisse reagieren, für mehr Gerechtigkeit zu sorgen, die kulturelle Vielfalt zu berücksichtigen und die Zahl der Schulabbrecher zu verringern?
   e) Was kann auf Ebene der Lehrpläne, der Schulorganisation und der Rolle der Lehrer getan werden, damit die Schulen auf die Lernbedürfnisse der einzelnen Schüler eingehen können?

f) Wie können die Schulgemeinschaften – im Einklang mit Grundwerten wie Frieden, Toleranz und Vielfalt – einen Beitrag zur Erziehung der jungen Menschen zu verantwortungsvollen Bürgern leisten?

g) Wie können die Lehrkräfte so geschult und unterstützt werden, dass sie die anstehenden Herausforderungen meistern können?

h) Wie kann dafür gesorgt werden, dass die Schulgemeinschaften die für den Erfolg benötigte Führung und Motivation erhalten?

   Wie können sie in die Lage versetzt werden, sich so weiterzuentwickeln, wie es die im Wandel befindlichen Bedürfnisse und Anforderungen erfordern?

3. Welche Position nimmt die Bundesregierung zu der im Kommissionsdokument gemachte Aussage „Es gibt Belege dafür, dass eine Aufteilung der Kinder auf verschiedene Schultypen im Alter von 13 Jahren die Unterschiede bei den Bildungsleistungen aufgrund der sozialen Herkunft noch verschärft und zu noch mehr Ungerechtigkeit bei den Leistungen von Schülern und Schulen führt“ ein, und was unternimmt die Bundesregierung, um dieser Verschärfung der Unterschiede entgegenzuwirken?

Berlin, den 10. September 2007

Renate Künast, Fritz Kuhn und Fraktion

Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Amsterdamer Str. 192, 50735 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Telefax (02 21) 97 66 83 44
ISSN 0722-8333